

Wilhelm Krull

Rede anlässlich der Eröffnung des internationalen Symposiums des Bundeskanzleramtes zum Thema „Integration durch Bildung im 21. Jahrhundert - eine Herausforderung für Public-Private-Partnerships“ am 16. Oktober in Berlin.

Stiftungen als Partner und Ideengeber für die Integrationspolitik: Die europäische Perspektive

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
sehr geehrter Herr Kommissionspräsident Barroso,
sehr verehrte Frau Staatsministerin Böhmer,
sehr geehrter Herr Jousen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Migration gehört ohne Zweifel zu den Schlüsselbegriffen und definierenden Merkmalen des 21. Jahrhunderts.

Der Bericht „Flüchtlinge in Zahlen“ des Flüchtlingshochkommissariats der UNO rechnet in Millionen. Zurzeit leben fast 200 Millionen Menschen nicht im Land ihrer Geburt, was ungefähr 3 Prozent der Weltbevölkerung oder die Bevölkerungszahl Brasiliens, des fünftgrößten Landes der Erde, ausmacht. Dies ist mehr als doppelt soviel wie die 1980 erstmals registrierte Zahl.

In Deutschland umfasst der ausländische Anteil der Bevölkerung 7,3 Millionen Personen, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von ca. 9 % entspricht. Ein Drittel der Ausländer lebt seit mindestens 20 Jahren in Deutschland. Ferner sind 1,5 Millionen der 7,3 Millionen Ausländer in Deutschland geboren. De facto ist die Bundesrepublik damit ein Einwanderungsland, und Migration ist wie in vielen anderen westlichen Staaten zu einem ganz „normalen“, ja stabilisierenden Faktor im Bevölkerungsaufbau geworden.

Der steigenden Anzahl von Migranten steht jedoch eine zunehmende Tendenz zur Abschottung Europas gegenüber. „Europa macht dicht“ titelte der Spiegel seinerzeit im Herbst 2002, als bei der EU-Konferenz in Sevilla die Einwanderung Hauptthema

der Verhandlungen war. Doch härteren Kontrollen und strengeren Asylgesetzen zum Trotz drängen Jahr für Jahr mehr Menschen in den Westen. Europa möchte dicht machen, aber die Armut dieser Welt lässt sich nicht einfach aussperren. Die Mahnung, die der Migrationsforscher Klaus Bade auf den letzten Seiten seines zur Jahrtausendwende erschienenen Buches „Europa in Bewegung“ an die Mächtigen in Politik und Wirtschaft richtet, hat leider noch nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

Dort schreibt er:

„Solange das Pendant der Abwehr von Flüchtlingen aus der 'Dritten Welt', die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen, fehlt, bleibt diese Abwehr ein historischer Skandal, an dem künftige Generationen das Humanitätsverständnis Europas im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert bemessen werden.“ (Klaus Bade: *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2000, S. 452).

An die Seite der Not oder Perspektivlosigkeit tritt in einer Zeit der wirtschaftlichen Globalisierung die weltweite Mobilisierung von Arbeitskräften. Mit der Globalisierung des Marktes werden daher auch Wanderungsbewegungen eine neue Qualität erreichen. Mittlerweile leben viele Menschen zwischen den Kulturen, wie es der Postkolonialismustheoretiker und Kulturphilosoph Homi K. Bhabha beschreibt:

„Die in der Vergangenheit kolonialisierten Völker, die Migranten (oder multikulturellen Bevölkerungen) der Gegenwart - haben alle keine andere Wahl, als in einer Welt zu leben, die zwischen den Kulturen liegt, die unsere Identitäten aus widersprüchlichen und gegensätzlichen Traditionen bildet. Wir sind ganz einfach ‚das eine und das andere‘, gefangen in dem Prozess der kulturellen Übersetzung.“ (Homi K. Bhabha: *Einige Reflexionen über Globalisierung und Humanität*. In: *science + fiction. Zwischen Nanowelt und globaler Kultur*. Berlin 2003. S. 123 f)

Wenngleich die Übergänge zwischen Staaten und Kulturen immer fließender werden, wollen viele Industrieländer nur zögerlich eingestehen, dass der Fortbestand ihres Wohlstandes auch von der internationalen Migration abhängig sein wird. Viele der wohlhabenden Länder der Welt haben niedrige oder rückläufige Geburtenraten. Die

damit einhergehenden demographischen Veränderungen beeinträchtigen sowohl die wirtschaftliche Produktivität als auch die Renten- und Sozialversicherungssysteme dieser Länder. Die Frage ist daher nicht länger, ob wir ein Migrationsproblem haben oder nicht, sondern wie internationale Migrationsbewegungen effektiver und vor allem mitmenschlich organisiert werden können, um die positiven Aspekte zu erhöhen und die negativen zu minimieren.

Bevor wir jedoch über die Integration von Migranten sprechen, sollten wir zunächst einen Blick auf uns selbst werfen. Denn dass die Integration von Migranten von der aufnehmenden Gesellschaft einiges abverlangt, möchte ich Ihnen an einem Beispiel vor Augen führen, das ich in Hans Magnus Enzensbergers Buch „Die große Wanderung“ gefunden habe. Enzensberger fokussiert das Problem des menschlichen Miteinanders von Fremden auf ein Zugabteil und berichtet von folgender Beobachtung:

„Zwei Passagiere in einem Eisenbahnabteil. [...] Sie haben sich häuslich eingerichtet. [...] auf den freien Sitzen liegen Zeitungen, Mäntel, Handtaschen herum. Die Tür öffnet sich, und zwei neue Reisende treten ein. Ihre Ankunft wird nicht begrüßt. Ein deutlicher Widerwillen macht sich bemerkbar, zusammenzurücken, die freien Plätze zu räumen, den Stauraum über den Sitzen zu teilen. Dabei verhalten sich die ursprünglichen Fahrgäste, auch wenn sie einander gar nicht kennen, eigentümlich solidarisch. [...] Es ist ihr Territorium, das zur Disposition steht. [...] Die neuen Fahrgäste werden [schließlich] geduldet. Man gewöhnt sich an sie. Doch bleiben sie, wenn auch in abnehmendem Grade, stigmatisiert. [...]

Nun öffnen zwei weitere Passagiere die Tür des Abteils. Von diesem Augenblick an verändert sich der Status der zuvor Eingetretenen. Eben noch waren sie Eindringlinge, Außenseiter; jetzt haben sie sich mit einem Mal in Eingeborene verwandelt [...] und nehmen alle Privilegien in Anspruch, von denen sie glauben, dass sie ihnen zustünden. Paradox wirkt dabei die Verteidigung eines „angestammten“ Territoriums, das soeben erst besetzt wurde; bemerkenswert das Fehlen jeder Empathie mit den Neuankömmlingen [...]. Eigentümlich die rasche Vergesslichkeit, mit der das eigene Herkommen verdeckt und verleugnet wird.“ (H. M. Enzensberger: *Die Große Wanderung*, Frankfurt a. M., 1994.)

Die Erfahrungen des Zugabteils finden leider auch, auf die gesellschaftliche Realität übertragen, ihre Bestätigung. Und Enzensberger hält dazu schließlich überspitzt fest:

„Jede Migration führt zu Konflikten [...]. Gruppenegoismus und Fremdenhass sind anthropologische Konstanten, die jeder Begründung vorausgehen. Ihre universelle Verbreitung spricht dafür, dass sie älter sind als alle bekannten Gesellschaftsformen. Um sie einzudämmen, um dauernde Blutbäder zu vermeiden, um überhaupt ein Minimum von Austausch und Verkehr zwischen verschiedenen Clans, Stämmen, Ethnien zu ermöglichen, haben altertümliche Gesellschaften die Tabus und Rituale der Gastfreundschaft erfunden. Diese Vorkehrungen heben den Status des Fremden aber nicht auf. Sie schreiben ihn ganz im Gegenteil fest. Der Gast ist heilig, aber er darf nicht bleiben.“ (H. M. Enzensberger: *Die Große Wanderung*, Frankfurt a. M., 1994.)

Eine der größten Herausforderungen im Zusammenhang der internationalen Migration ist das Problem von vertikalen ethnischen Ungleichheiten in den jeweiligen Aufnahmeländern, bei denen ethnische und kulturelle Merkmale systematisch mit Ungleichheiten in Bildung, Einkommen, Zugang zu zentralen Institutionen und gesellschaftlicher Anerkennung verbunden sind. Sie treten in so gut wie allen Einwanderungsländern und unter den unterschiedlichsten Bedingungen der jeweiligen Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, des öffentlichen Diskurses oder des rechtlichen Status der Migranten auf, wie u. a. in Belgien, Australien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Israel, Kanada, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz oder den USA.

Der OECD-Studie „Jobs for Immigrants – Labour Market Integration in Australia, Denmark, Germany and Sweden“ zufolge sind nur in wenigen Ländern Migranten ähnlich schlecht in den Arbeitsmarkt integriert wie hierzulande. Als Ursachen nennt die OECD Sprachbarrieren, fehlende Netzwerke und im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung eine schlechte Qualifikationsstruktur der Zuwanderer und nicht zuletzt Diskriminierungen. Auch nach einer Umfrage des Zentrums für Türkeistudien im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration haben die in diesem Bundesland lebenden Bürger türkischer Abstammung nach wie vor ausgeprägte Defizite bei der schulischen und wirtschaftlichen Teilhabe.

Dies zeigt sich u. a. an dem nur langsam steigenden Schul- und Ausbildungsniveau und an den insgesamt rückläufigen Haushaltseinkommen türkischer Familien. Zwar hat es in den letzten Jahren deutliche Verbesserungen im Bereich der Integrationspolitik gegeben, doch müssen die Nachteile Deutschlands gegenüber anderen OECD-Ländern noch entschlossener ausgeglichen werden. Dazu sind vor allem verstärkte Bildungsanstrengungen auf allen Ebenen nötig. Denn Bildung ist der zentrale Schlüssel zur gelungenen Integration: sowohl im Hinblick auf die Gesellschaft als ganzer als auch im Hinblick auf den Arbeitsmarkt.

Die Integration von Migranten durch Bildung ist eine große Herausforderung für alle OECD-Länder. Integrationspolitisch geht es hier vor allem um die Förderung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus von Kindern und Jugendlichen, aber auch um die Fort- und Weiterbildung von erwachsenen Mitbürgern. Dabei sollte Bildung in einem umfassenderen Sinne und nicht allein als Wissensaneignung verstanden werden. Bildung schafft erst die Voraussetzungen für die selbstbestimmte Gestaltung des Lebens sowie für ein verantwortungsvolles, solidarisches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft. Bildung sollte daher nicht nur als eine Investition in Köpfe, sondern auch als eine Herzensangelegenheit aufgefasst werden. In diesem umfassenderen Sinne erschließt Bildung persönliche Entwicklungsmöglichkeiten und berufliche Perspektiven und eröffnet zugleich den Blick für die soziale Tat, den hilfsbedürftigen Mitmenschen. Sie trägt damit zur Selbstaktivierung und Stärkung der sozialen Verantwortung jedes Einzelnen bei.

Im Hinblick auf die Integration internationaler Migranten durch Bildung sind Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu gemeinsamem Handeln aufgerufen, weil keine der genannten Seiten die Probleme alleine lösen kann. Öffentlich-private Partnerschaften sollten in diesem Zusammenhang allerdings nicht den Rückzug des Staates kompensieren, sondern ein verstärkendes Zusatzangebot bereitstellen und gegebenenfalls in zeitlich versetzter Arbeitsteilung agieren. Denn letztlich kann und soll die Förderung durch private Akteure nur subsidiär zur öffentlichen Hand stehen und weder Etlücken stopfen noch staatliche Fördermaßnahmen duplizieren. Andererseits muss die Politik mit ihrer Integrationsarbeit nicht in allen Lebensbereichen der Migranten und der Aufnahmegesellschaft umfassende Angebote schaffen. Hierbei sind auch bürgerschaftliches Engagement und die Vernetzung der relevanten Ak-

teure gefragt. Der moderne demokratische Staat ist im besonderen Maße auf eine aktive Bürgergesellschaft angewiesen. Die Bürgergesellschaft leistet soziale Integration, indem sie wichtige Aufgaben in vielen gesellschaftlichen Bereichen übernimmt. Der amerikanische Sozialwissenschaftler Robert D. Putnam hat in diesem Zusammenhang den Begriff des „social capital“ für den inneren Zusammenhalt und den Erfolg von Gesellschaften geprägt. (Robert D. Putnam: *Making Democracy Work*. Princeton, 1993.) Das „social capital“ einer Gesellschaft ist für Putnam definiert durch die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder zur Zusammenarbeit.

In diesem Sinne sind Stiftungen gleich in doppelter Hinsicht ein konstitutives Element der Bürgergesellschaft. Zum einen ist Stiften selbst eine Ausdrucksform aktiven Bürgerengagements. Indem Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen privates Vermögen dauerhaft für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung stellen, übernehmen sie Mitverantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung. Zum anderen gehören Stiftungen zu den größten Förderern bürgerschaftlichen Engagements; denn viele innovative zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte wären ohne die finanzielle Unterstützung von Stiftungen nicht zustande gekommen oder hätten ohne sie nicht überlebt.

Die Stiftungslandschaft in Europa verfügt über eine reichhaltige Vielfalt, zum einen aufgrund des großen kulturellen Reichtums und zum anderen aufgrund der von Land zu Land variierenden gesetzlichen Bestimmungen. Dennoch weisen die etwa 200.000 europäischen Stiftungen bei aller Unterschiedlichkeit wesentliche gemeinsame Merkmale auf. Ihre Rolle und ihre Aktivitäten werden in der Regel von einem gemeinwohlorientierten Zweck und dem allgemeinen philanthropischen Impuls motiviert, die Lebensbedingungen und Lebensqualität für die Allgemeinheit zu verbessern und besonders benachteiligte Gruppen und Individuen zu unterstützen sowie Bürgerinitiativen und aktive Bürgerbeteiligung zu fördern. Stiftungen sind darüber hinaus unabhängige, eigenständige, nicht gewerbliche Rechtspersonen mit eigenen und sicheren Einkommensquellen, die (gewöhnlich, aber nicht ausschließlich) aus einem Kapitalstock bestehen; zudem zeichnen sich Stiftungen durch Selbstverwaltungsorgane aus.

Vor allem durch die den Stiftungen eingeräumten Handlungsspielräume können sie direkte Anstöße zu Veränderungen geben oder Hindernisse, die Reformen entgegenstehen, überwinden helfen. Doch trotz der vielen in den letzten drei Jahrzehnten unternommenen Stiftungsgründungen in Europa bleibt ihre Rolle eindeutig subsidiär zur öffentlichen Hand. Zugleich wird deutlich, dass die Finanzkraft von Stiftungen nicht das zentrale Element ihrer Wirksamkeit sein kann.

Im Bereich der Integration durch Bildung und im Hinblick auf die zuvor genannten Probleme übernehmen Stiftungen wichtige Funktionen und damit gesellschaftliche Verantwortung. Aufgrund der Nachhaltigkeit ihres Stiftungsvermögens sind sie verlässliche Partner, die innovative Impulse setzen, aber auch weitreichende und nachhaltige Projekte vorantreiben können. Sie agieren unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Sie können flexibel auf neue gesellschaftliche Anforderungen antworten. Sie besitzen gegenüber staatlichen Organisationen eine kürzere Reaktionszeit auf neue Entwicklungen und Problemstellungen. Sie begleiten den Reformprozess der staatlichen Seite und können durchaus auch vorübergehend Schwachstellen ausgleichen. Damit schaffen sie neue und erhalten bestehende Freiräume. Indem sie Themen aufgreifen, die keine oder bisher nur geringe öffentliche Unterstützung erfahren, bereichern sie den Diskurs und schaffen mit der Konzeption und Finanzierung von vielversprechenden Pilotprojekten Inseln des Gelingens, die Anreize zur strukturellen Reform geben. Nicht zuletzt schaffen Stiftungen Schnittstellen zwischen staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und tragen damit zur besseren Integration bestehender Maßnahmen und Programme bei. Sie verfügen zudem über eine transnationale Perspektive und können für alle Seiten nützliche Informationsnetzwerke bereitstellen, um sich über bereits bestehende Erfahrungen auszutauschen und anhand erfolgreicher Beispiele für deren Nachahmung zu werben.

Als wichtige Ansatzpunkte in Bezug auf den Integrationsprozess durch Bildung gelten die Sprachförderung, die frühkindliche Förderung, die Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie die kulturelle und berufliche Integration von Migranten. Darüber hinaus können Stiftungen Foren und Plattformen schaffen, Probleme im öffentlichen Diskurs platzieren und Studien zu Migrations- und Integrationsthemen begleiten und unterstützen.

Lassen Sie mich im Folgenden einige, wenige Beispiele nennen, die exemplarisch für das große Engagement europäischer Stiftungen im Bereich der Integrationsarbeit stehen. Die Auswahl folgt willkürlich und soll lediglich einen ersten Eindruck der vielfältigen Betätigungsfelder von Stiftungen im Bereich der Integration durch Bildung aufzeigen, der in den kommenden Tagen vertieft werden wird.

1. EPIM

Stiftungen sind ein kleiner, aber bedeutsamer Teil des gemeinnützigen Sektors. Im Zuge der Entwicklung entstehender Demokratien und freier Marktwirtschaften in Mittel- und Osteuropa sowie der Schaffung des europäischen Binnenmarktes handeln Stiftungen zunehmend grenzüberschreitend – etwa wenn sie Gelder ausschütten oder eigene Programme durchführen und Kooperationsmöglichkeiten auf europäischer Ebene entwickeln. Ausgehend von ihren jeweiligen Kulturen, Traditionen und Strukturen sind sich Stiftungen der Bedeutung der Zusammenarbeit, dem konkreten Gewinn durch partnerschaftliches Vorgehen, dem Erfahrungsaustausch, der Bündelung von Ressourcen und der europäischen Solidarität sehr bewusst. Ein bedeutendes Netzwerk im Bereich der Integrationspolitik ist das im Rahmen des Networks of European Foundations (NEF) gegründete European Programme for Integration and Migration (EPIM), in dem sich zehn europäische Stiftungen zusammengeschlossen haben. Des Weiteren möchte ich in diesem Zusammenhang auch auf die Diversity, Migration, and Integration Interest Group des European Foundation Centre hinzuweisen.

2. European Cultural Foundation

Europa ist nicht besonders reich an Bodenschätzen. Sein eigentlicher Reichtum besteht in seiner kulturellen Vielfalt. Und die beruht ganz wesentlich auf seiner sprachlichen Vielfalt. Der kulturelle Wert, den die Sprachenvielfalt darstellt, ist überhaupt nicht bezifferbar. Die wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen und Traditionen der Europäer sind in ihren verschiedenen Sprachen bewahrt. In einer Einheitssprache würden sie nach und nach verloren gehen.

Diese kulturelle Vielfalt, aber auch den Dialog der Kulturen zu fördern, hat sich die European Cultural Foundation zur Aufgabe gemacht. Sie engagiert sich im Bereich innovativer Projekte zur kulturellen Zusammenarbeit, entwickelt und erprobt Strategien des interkulturellen Dialogs und berät Politiker und Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Fragen der kulturellen Vielfalt. In vielerlei Hinsicht greift sie damit bereits auf das Jahr 2008 voraus, das als Jahr des interkulturellen Dialogs begangen werden soll.

3. Barrow Cadbury Trust

Bei einer derart komplexen Aufgabe, wie der Integration internationaler Migranten durch Bildung sind sämtliche Akteure der Gesellschaft gefordert: Vertreter der Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ebenso wie Bildungseinrichtungen und Migrantenorganisationen. Letztere zu stärken und damit die Selbstaktivierungskräfte von Migranten zu fördern, ist ein Anliegen des Barrow Cadbury Trust, der mit dem Migrants' Rights Network eine Plattform für über 100 Migrantenorganisationen geschaffen hat.

4. Freudenberg Stiftung

Entsprechend der bereits zitierten OECD-Studie ist die Qualifikationsstruktur der Zuwanderer im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung in nur wenigen Ländern so ungünstig wie in Deutschland. Dies ist folglich auch ein Grund für die schlechtere Arbeitsmarktposition von Migranten.

Auf dem Feld der sozialen und beruflichen Eingliederung von Kindern und Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft hat sich die Freudenberg Stiftung sehr verdient gemacht. Mit ihren Projekten schafft sie Möglichkeiten des Deutschspracherwerbs und der interkulturellen Erziehung. Darüber hinaus setzt sie sich für die Steigerung der Lebensqualität von Migranten, Flüchtlingen und ausgegrenzten Minoritäten ein. Nicht zuletzt fördert die Stiftung in zahlreichen Initiativen den in gegenseitigem Respekt getragenen Dialog zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und ihren kulturellen Minderheiten sowie die Verständigung von Minderheiten untereinander.

Ein Projekt, das die Stiftung seit 1979 unterstützt, ist die Beratungsstelle Weinheim zur sozialen und beruflichen Förderung deutscher und ausländischer Ju-

gendlicher. Zu den Kernaufgaben der Beratungsstelle, die insbesondere von Migranten türkischer, spanischer und arabischer Herkunft in Anspruch genommen wird, gehört die Beratung in Fragen der Einbürgerung, beruflichen Bildung, Lebensgestaltung und in Familienproblemen. Als Entwicklungsperspektive ist angestrebt, das Projekt zu einem Knotenpunkt der Sprach- und Integrationsförderung in Familienbildungseinrichtungen, Kindertagesstätten und Grundschulen in Weinheim auszubauen.

5. Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Migranten und ihre Kinder sind leider in Deutschland auf weiterführenden Schulen und an Hochschulen immer noch besonders stark unterrepräsentiert. Nur 8 % der Studierenden sind hierzulande Migrantenkinder, obwohl rund ein Fünftel der Bevölkerung und ein Viertel der Jugendlichen unter 25 Jahren einen Migrationshintergrund aufweisen. Um hochbegabten Zuwandererkindern in Deutschland einen besseren Zugang zur Bildung zu verschaffen und damit ihren Karriereweg zu fördern, hat die Gemeinnützige Hertie-Stiftung das Programm START ins Leben gerufen, das als Ansporn zur Integration, als „Investition in Köpfe“ und als positives Signal in die Gesellschaft hinein wirken soll. In Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen Stiftungen, Städten, Landkreisen und Privatpersonen vergibt die Hertie-Stiftung Schülerstipendien für hochbegabte Zuwandererkinder, um jungen Zuwanderern zu zeigen, dass sich Leistung in Deutschland lohnt und dass darin eine echte Chance für sie liegt. Als weiteres Ziel hat es sich die Stiftung zur Aufgabe gemacht, aus dem Projekt START eine kleine Bürgerbewegung zu entwickeln.

6. VolkswagenStiftung

In der Migrations- und Integrationsforschung gibt es derzeit noch viele weiße Flecken. Diese zu schließen, ist eine Aufgabe, der sich die VolkswagenStiftung widmet. Im Rahmen der Förderinitiative „Zukunftsfragen der Gesellschaft – Analyse, Beratung und Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis“ schreibt die VolkswagenStiftung daher seit 2003 Studiengruppen zu Migration und Integration aus. Als Ergebnis von zwei vorangehenden Auswahlrunden wurden bisher insgesamt 7,2 Mio. Euro für zwölf Vorhaben bewilligt. Inhaltlich zielen die Ausschreibungen für Studiengruppen darauf, die verschiedenen

Optionen der Teilnahme von Migranten an den differenzierten Sozialstrukturen von Gesellschaften mit ihren Auswirkungen auf die Sozialstrukturen und den Verlauf der sozialen Integrationsprozesse von Migranten zu untersuchen. Demgemäß sind Migration und Integration als Prozesse der sozialen Mobilität zu begreifen und in Beziehung zum gesellschaftlichen Wandel zu setzen. Unter einer solchen Perspektive bearbeiten die zwölf bisher geförderten Studiengruppen verschiedene Themen in den Feldern Bildung, Organisation, Partizipation, Sprache und Wirtschaft.

Eine dieser Gruppen zum Thema Bildung und Migration unter der Leitung von Frau Hannover befasst sich mit den Integrationsprozessen Jugendlicher verschiedener ausländischer Herkunft in Deutschland und der Schweiz. Um der häufig vorherrschenden negativen Sicht auf Angehörige der zweiten Generation von Zuwanderern entgegenzuwirken, werden die Denk- und Handlungsstrategien der Jugendlichen, ihre Identitätsentwicklung und damit verbundene Potenziale und Chancen in den Mittelpunkt gerückt. Das Zusammenwirken soziostruktureller Bedingungen und individueller Merkmale und Fähigkeiten im Integrationsprozess soll analysiert werden, indem Hypothesen der Theorie der sozialen Identität mit Befunden aus der Deprivations-, Stereotypen- und Selbstkonzeptforschung verknüpft werden. Die Untersuchung versucht, differenzierte Informationen über den Integrationsprozess Jugendlicher ausländischer Herkunft zu gewinnen und Konsequenzen für die politische und pädagogische Praxis aufzuzeigen.

Mit ihrer Initiative Deutsch⁺ setzt sich die VolkswagenStiftung für mehrsprachige Studienangebote ein. Ziel ist es, die Entwicklung und anschließende Implementierung mehrsprachiger Studienangebote an deutschen Hochschulen zu fördern. Die Curricula sollen sich gleichermaßen an ausländische und deutsche Studierende richten. Anforderung ist, dass diese am Ende mindestens zwei Sprachen auf wissenschaftlichem Diskursniveau beherrschen. Angesprochen sind alle Fächer, in denen die späteren beruflichen Perspektiven der Absolventen – sei es innerhalb oder auch außerhalb der Wissenschaft – durch die spezifischen Sprachkompetenzen grundlegend verbessert und erweitert werden. Mit Blick

auf die ausländischen Studierenden ist zum einen beabsichtigt, ihnen mit der sicheren Beherrschung des Deutschen und einer vertieften Landeskenntnis günstigere Beschäftigungschancen in Deutschland zu eröffnen. Zum anderen geht es darum, sie als interkulturelle Vermittler und mögliche Multiplikatoren des Deutschen im Ausland zu gewinnen.

Eine Lingua franca wie das Englische ist in einer globalisierten Welt selbstverständlich notwendig, doch erst die kulturell und sprachlich bedingte Vielfalt ermöglicht es der Forschung, das volle Potenzial der Wissenschaft auszuschöpfen.

Wenngleich Stiftungen vieles leisten können, halten sie nicht für alle Probleme der Gesellschaft Allheilmittel parat. Ihre Wirkungsmöglichkeiten sind allein aufgrund ihrer vergleichsweise geringen finanziellen Ausstattung eingeschränkt. Dennoch können Stiftungen im Zusammenwirken mit öffentlichen Einrichtungen viele Anregungen geben und vorübergehende Defizite ausgleichen. Um ihre Potenziale voll auszuschöpfen, sind sie jedoch auf Partnerschaften angewiesen. Denn letztlich verfügen nur die staatlichen Organisationen über die Möglichkeiten, erfolgreiche Projekte in der Fläche zu sichern. Nachdem Stiftungen an bestimmten Problemen ausgerichtete Pilotprojekte erfolgreich durchgeführt haben, sollten staatliche Träger gefunden werden, die eine breite Einführung und eine stetige Finanzierung gewährleisten.

Lassen Sie mich abschließend einige Aktionsfelder benennen, die auch über diese Veranstaltung hinaus im Auge behalten werden sollten.

Um in einer sich dynamisch verändernden Welt ihr ganzes Potenzial zur Entfaltung zu bringen, müssen Stiftungen einen Rollenwechsel vollziehen. Das traditionelle Bild der Stiftung als Wohltätigkeitseinrichtung sollte zugunsten eines Selbstverständnisses im Sinne kreativer Philanthropie weiterentwickelt werden. Dazu sollten Stiftungen nicht nur den Bedarf an finanziellen Mitteln decken, sondern aktiv neue Ideen und Förderformen entwickeln und diese flexibel und nachhaltig zum Erfolg verhelfen. Darüber hinaus können sie natürlich auch eine intellektuelle Anstoßfunktion wahrnehmen, indem sie z.B. in Denkschriften auf thematische oder strukturelle Defizite aufmerksam machen. Mithin sollten Stiftungen neue Wege bahnen, Anstöße geben und zu Innovationen anstiften. Wer wagt, muss zugleich bereit sein, Misserfolge hin-

zunehmen und aus diesen für die Zukunft zu lernen. Denn nur so können Stiftungen ihrer Rolle als Impulsgeber gerecht werden und wirklich neue, die bisherige Praxis verändernde Ideen fördern.

Mit zunehmender Bedeutung von Stiftungen im öffentlichen Raum nehmen auch die Ansprüche an die Qualität und Transparenz ihres Handelns zu. Dabei kommt es für Stiftungen, die sich zunehmend als aktive Kraft in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen verstehen, immer stärker darauf an, durch eine effektive und effiziente Führung den Nachweis gesellschaftlicher Legitimation zu erbringen. Diese Führungsaufgaben beziehen sich sowohl auf Fragen der „Good Governance“ als auch auf Führungstechniken, die Entscheidungsprozesse unterstützen und dabei helfen sollen, die angestrebten Ziele zu erreichen. Dabei kann die Evaluation von Projekten und der Gesamteinstitution im Rahmen eines ganzheitlichen Qualitätsmanagements zu einem wichtigen Kontroll- und Entscheidungsinstrument werden. Eine Evaluation befasst sich dabei nicht ausschließlich mit der durch die Ziele vorgegebenen inhaltlichen Ausrichtung der Tätigkeit – also deren Effektivität (Wirksamkeit). Sie fragt gleichermaßen nach der Effizienz (Wirtschaftlichkeit) der Tätigkeit bei der Verfolgung der Ziele, also ob personelle, sachliche und finanzielle Ressourcen entsprechend der Zielsetzung „dimensioniert“ eingesetzt werden und nicht zuletzt nach dem jeweiligen Wirkungsgrad.

Je stärker sich Stiftungen als Impulsgeber für Veränderungsprozesse begreifen, desto mehr müssen sie auch sich selbst als erneuerungsfähige, lernende Institutionen begreifen. Nur diejenigen Stiftungen werden langfristig erfolgreich agieren können, die bereit sind, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen.

Europaweit spielen Stiftungen eine immer zentralere Rolle in Diskussionen über die Zukunft wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und bildungspolitischer Bereiche. Um Stiftungen auf ihrem Weg zu unterstützen, kann ihnen die Politik mit folgenden Maßnahmen hilfreich zur Seite stehen:

Zunächst muss in Zukunft die Vielfalt der europäischen Stiftungslandschaft durch einen stabilen Rechtsrahmen und eine kluge Fiskalpolitik erhalten und weiter ausge-

baut werden. Hilfreich für eine bessere Zusammenarbeit von Stiftungen auf europäischer Ebene wäre des Weiteren ein Europäisches Stiftungsstatut.

Stiftungen betätigen sich bereits in Feldern wie Erziehung, Forschung und Kultur. Sie befassen sich mit Programmen, die zum Ziel haben, die Demokratie und sozioökonomische Entwicklung in vielen Regionen der Welt zu fördern. In einer Zeit immer knapper werdender Finanzmittel, die für neue soziale Programme zur Verfügung stehen, sollten Regierungen stärker auf eine Kooperation mit dem gemeinnützigen Sektor zusteuern und diesen für die Erfüllung zusätzlicher Aufgaben und Initiativen aktivieren. Stiftungen sollten dabei nicht nur als willkommene Geldquelle betrachtet werden, sondern vor allem auch als Träger von Wissen und Innovationsfähigkeit in einem bestimmten Problemfeld. Stiftungen können diesen Schatz an Expertise in langfristig wirksame Entwicklungen umsetzen. Ihre finanzielle Position, ihre Unabhängigkeit und Beständigkeit geben ihnen die dazu erforderlichen Mittel. Sie übernehmen oft eine führende Rolle und wagen sich auf unsicheres Terrain vor. Die von Stiftungen erfolgreich umgesetzten Pilotprojekte bedürfen allerdings für eine Breiten-einführung der Unterstützung durch die öffentliche Hand. Vor allem sollten sich Politiker und Entscheidungsträger in Wirtschaft und Zivilgesellschaft früher aktiv in die Diskurse einbringen, die von Stiftungen und anderen Akteuren im Hinblick auf viele drängende Fragen vorbereitet werden. Ein offenerer Austausch, bessere Koordination und ein beiderseitiges Zugehen aufeinander können noch erhebliche Potenziale erschließen. Insofern sehe ich in der heutigen Konferenz einen willkommenen Ausgangspunkt für weitere gemeinsame Unternehmungen.

Im Hinblick auf die Fragen zur Integration durch Bildung wäre eine weitere Öffnung der Politik gegenüber sachlich fundierter Beratung durch unabhängige Think-Tanks wünschenswert. Studiengruppen sowie überparteiliche Kommissionen und Beraterkreise sollten in stärkerem Maße als bisher eingesetzt und genutzt werden. Dabei kommt es darauf an, die von der Forschung benannten Strukturpotenziale für die Integration von Migranten in den Fokus zu rücken. Im Rekurs auf die einschlägige Forschung kann auch die öffentliche Debatte verändert werden, wenn die Forscherinnen und Forscher ihre wissenschaftlichen Arbeiten im frühen Dialog mit Vertretern relevanter Praxisfelder durchführen.

Integration durch Bildung muss als eine innovative und sozialpräventive Investitionsmöglichkeit betrachtet werden. Denn die künftigen gesellschaftlichen Kosten gescheiterter Integrationsversuche übersteigen bei weitem die heutigen Bildungsausgaben. In diesem Sinne spricht die Sozialwissenschaftlerin Jutta Allmendinger in ihren Studien zu Recht von Bildung als einer präventiven, produktiven und investiven – Sozialpolitik. (Allmendinger/Nikolai: Bildung und Herkunft, in: APuZ 2006, S. 44-45).

In der Zuversicht, dass gelungene Migrations- und Integrationsprozesse uns alle langfristig bereichern werden, hoffe ich darauf, dass wir die Vielfalt als Chance begreifen und uns auf ebenso vielfältige Weise durch die heutigen Wanderungsbewegungen anregen lassen. Dies illustriert das folgende, zugleich etwas schräge Beispiel für plötzliche Selbsterkenntnis. Dabei müssen Sie sich vorstellen, dass zwei deutsche Männer an einem südländischen Strand spazieren gehen. Plötzlich sagt der eine zum anderen: „Ist es nicht seltsam, Ausländer zu sein, obwohl man doch Deutscher ist?“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.